

Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ aller organisirten Brauereiarbeiter.

Sämmtliche Briefe sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldforderungen sind zu richten an S. Ragerl; — Werksammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg. Sämmtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1277. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christenburgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtsschutz-Kommission: Seb. Laut, Frankfurt a. M., Quirinstraße 5, 3. Etage. — Vorsitzender der Preis-Kommission: K. Schäfer, Linden-Hannover, Marthastrasse 1, 2. Etage.

Nr. 33.

Hannover, den 18. August 1899.

9. Jahrgang.

Kollegen, unterstützt die Ausgesperrten in Frankfurt!

Situationsbericht aus Frankfurt.

Im Laufe der vorigen Woche sind weiter eingestellt worden: Bei Bending 3, bei Henninger 3, bei Kempff 2, bei der Vereinigten 1 und bei Stern 1 Mann. Es sind also noch 217 Mann ausgesperrt. In den Brauereien Henninger, Vereinigte und Neutlinger sind die Einstellungen von denen, die nicht Ausständige waren, immer noch nicht rückgängig gemacht worden.

Die Mohrenwäsche

von Seiten des Vorsitzenden des Böttcher-Verbandes, Winkelmann, ist voraussichtlich jetzt im Schlußstadium beendigt. Aus der „referierenden“ Behandlung des Frankfurter Lohnkampfes ist glücklicherweise ein eigenartiges Elaborat geworden: als Thatsachen hingestellte Vermuthungen, Wiederholung zurückgewiesener Unwahrheiten, persönliche Anrempelungen, ein Durcheinanderwerfen und Verwechselung von Wahrheit und Dichtung, Ursache und Wirkung irgend welcher Voromnisse, wie Kraut und Rüben!

Was handelt es sich und welchem Zweck soll die „referierende Behandlung“ dienen? Wir hatten behauptet, daß Winkelmann bei den feinerzeitigen „Maßnahmen“ zur Beendigung des Bierkrieges entweder einseitige Interessen oder Verkenntnis der Dinge sowie der Brauereibesitzer leitete. Die einseitige Interessenvertretung bestritt Winkelmann selbst nicht, hat er doch in seinen Briefen nach Frankfurt dieselbe gefordert, und dürfte ihm auch sein Auspruch in Frankfurt in Bezug auf die Voraussetzungen der Wiedereinstellung der Ausständigen noch in Erinnerung sein, der von der kräftigsten Einseitigkeit diktiert war, nämlich: daß Bauer für die Weiterführung des Kampfes sei, weil die Brauer z. keine Aussicht auf Wiedereinstellung hätten, daß es aber bei den Böttchern anders liege und sie deshalb den Kampf aufgehoben wissen wollten. Wenn das nicht einseitige Interessenvertretung ist, dann giebt es keine, und das haben wir behauptet. Ueber die Frage, ob unsere Ansicht oder die entgegengelegte über das Zweckmäßige oder Unzweckmäßige der „Maßnahmen“ Winkelmann's und der Aufhebung des Boykotts als richtig sich herausstellen wird, haben wir, wie aus unserer Zeitung (No. 25) zu ersehen ist, eine abwartende Stellung eingenommen.

Winkelmann geht auf das, um was es allein sich handelt, garnicht ein, er sucht nur seine einseitige Interessenvertretung damit als geboten oder entschuldigbar hinzustellen, daß er der Streikleitung Unfähigkeit vorwirft, dem Hauptvorstand der Brauer vorwirft, zuerst einseitige Interessenvertretung geübt zu haben, ferner ihm wiederholt unterschiebt, den Streit gewünscht und vorbereitet zu haben, und endlich mit der Ausschichtslosigkeit eines weiteren Kampfes. Vom Hunderten ins Tausendste, aber Alles für die angeführte Frage beweislos, weil garnicht dazu gehörig, — die einseitige Interessenvertretung Winkelmann's bleibt Thatsache. Dieselbe wäre entschuldigbar, wenn alle die vorangeführten erhobenen Beschuldigungen Winkelmann's wahr wären.

Zunächst ist es die eigene, persönliche Sache eines Jeden selbst, über die Ausschichtslosigkeit oder die Erfolge bei der Weiterführung des Boykotts zu denken, wie er will. Daß Alle die Ansichten Winkelmann's und einiger weiterer Personen in dieser Beziehung theilen sollten, ist ein unerfüllbares Verlangen, umsomehr, als gerade diese Personen sammt Winkelmann von einem Brauereiarbeiter streik wie von einem Boykott verurteilt wenig Ahnung hatten, und, ausgenommen Winkelmann, den gewerkschaftlichen Kampf für eine mehr oder minder große Nebenache halten. Die Zukunft hätte gelehrt, was geworden wäre; Prophezeiungen sind Hirngespinnste. Dadruch aber, daß diese Personen sammt Winkelmann mit vereinten Kräften für die Aufhebung des Boykotts agitirten, wurden allerdings Gegenstände unter den Arbeitern geschaffen, der Boykott wirkungslos, die Arbeiter mühsam und auch die Gewerkschaftsführer, welche nicht Winkelmann's Ansicht theilten. Es ist nämlich viel leichter, die Uneinigkeit als die Einigkeit zu fördern,

das bringt sogar manch Anderer als Winkelmann fertig, und so kam es, daß insolge der Wählererei die Aufhebung des Boykotts von „oben herab“ empfohlen wurde. Ob die „Suggestion“ durch Winkelmann oder die Schiebungen von interessirter Seite die Hauptrolle hierbei spielten, dies Räthsel zu lösen überlassen wir gern W.

Eines sei hierbei noch erwähnt, daß Winkelmann in dem Schlußartikel das Ergebnis der Abstimmung in den Volks-Versammlungen als ein solches betrachtet, daß von Stimmung für die Weiterführung des Boykotts keine Rede mehr sein konnte. Unsere gegenwärtige Behauptung nennt er „ein starkes Stück, Kommentar überflüssig“. Nach seiner Rechnung sind 482 für die Aufhebung des Boykotts gewesen, 547 dagegen, darunter 300 Brauereiarbeiter; die übrigen haben sich der Abstimmung enthalten. Ferner sollen wir dieses Ergebnis unseren Lesern vorenthalten haben. Zu dem letzteren haben wir zu bemerken, daß wir das Ergebnis in den einzelnen Versammlungen nicht gekannt und nur das Gesamtergebnis in Prozenten aus der „Volksstimme“ entnommen haben. Zu dem ersteren sei gesagt, daß wir dieses Ergebnis sehr erklärlich finden und ein ungünstigeres erwartet haben nach dem Wühlen Winkelmann's, und als Folge davon: Die Empfehlung der Boykottaufhebung von oben. Das Resultat würde um so erklärlicher, wenn Winkelmann auch berichtet hätte, daß in diesen Versammlungen die Aufhebung des Boykotts garnicht auf der Tagesordnung stand, die Arbeiter Frankfurts also überzumpelt wurden, um auf diese Weise die Beschlüsse in von Einigen gewünschtem Sinne zu erlangen. Winkelmann war Helfershelfer bei diesem Trick, — das ist allerdings ein sehr starkes Stück und jeder Kommentar überflüssig. Ein noch stärkeres Stück ist es, wenn Winkelmann oberflächlich nach dem Zahlenergebnis urtheilt und es nicht zu deuten weiß, warum bei dieser Ueberrumpelung die Mehrzahl sich der Abstimmung enthielt. Allerdings konnte nach einem derartigen Resultat der Abstimmung an ein Weiterführen des Boykotts nicht mehr gedacht werden. Das schafft aber immer noch nicht die Thatsache aus der Welt, daß dieses Resultat die Folge der durch die Quertreibereien Winkelmann's hervorgerufenen Verwirrung, und im Anderen der angewandten Ueberrumpelung war.

Das haben wir mit der Andeutung der Versammlungs-Beschlüsse dargestellt, sowie zum Bergleich die die Uneinigkeit fördernde Thätigkeit Winkelmann's in der Vertretung einseitiger Interessen mit der Thätigkeit Bauer's in Uebereinstimmung mit der Frankfurter Arbeiterschaft. Wenn Winkelmann wieder das Entgegengesetzte herausgelesen hat und die Volksversammlungsbeschlüsse als etwas von uns als Hauptache Dargestelltes hinstellt, so können wir nicht dafür, solche kleine „Irthümer“ sind ihm mehrere passirt.

Nochmals im Schlußartikel versteift sich Winkelmann darauf, daß wir dafür verantwortlich sind, daß er von der Zahlstelle der Böttcher nicht auf dem Kaufenden erhalten wurde und daß er nach Kenntniß des in Aussicht Stehenden oder nach Kenntniß des ausgebrochenen Streiks sich nicht nach Frankfurt bemühte, um mit zu rathen und mit zu thaten. Diese Behauptung, daß er durch Bauer's Schuld von den Unterhandlungen ausgeschlossen wurde, ist schon lächerlich an sich und hat denselben Werth wie die, daß er von uns von den „Vorberathungen“ ausgeschlossen worden.

Nochmals bringt er dieselbe Behauptung, daß der Zentralvorstand der Brauer den Streit genehmigt, Bauer speziell über einen geplanten Streit in Frankfurt gesprochen, ferner einem Böttcher erklärt haben soll, den Zentralvorstand der Böttcher von der Sachlage in Kenntniß zu setzen, und endlich gar, daß Bauer den Streit organisiert und Bauer sowie die Redaktion der Brauer-Zeitung wider besseres Wissen das Gegenteil behaupten.

Wir haben schon in der letzten Erklärung darauf hingewiesen, daß nachweislich, laut Briefen des Hauptvorstandes an die Frankfurter Zahlstelle, der Streit unter allen Umständen verboten wurde. Diese Briefe im Original stehen Winkelmann und jedem Andern zur Einsicht zur Verfügung. Wenn

Winkelmann seine Behauptung trotzdem wiederholt, so können wir ihn nach dieser Leistung nicht mehr ernst nehmen, da fängt die Polemik an lächerlich zu werden.

Es erübrigt sich noch, den Vorwurf in dem Schlußartikel Winkelmann's zurückzuweisen, daß es dem Hauptvorstand der Brauer sowie der Redaktion keineswegs darum zu thun ist, ihren Mitgliedern und Lesern ein klares, ungetrübtes Bild über den Anfang und Verlauf des Frankfurter Streiks zu geben, weil seine (W.'s) „fachlichen“ Mittheilungen in der „Br.-Ztg.“ nicht Aufnahme gefunden hätten, und dies doch „der geringste Anstand erheischt“, zumal er (W.) nach unserer (d. R.) Anschauung schuld an dem Ausgange des Frankfurter Streiks sein solle. Das letztere zu behaupten, in dem Sinne, als es hier dargestellt ist, ist uns niemals eingefallen, und ist auch dieses so eine kleine Begriffsverwirrung Winkelmann's. Um aber den Lesern ein klares, ungetrübtes Bild von dem Anfang und dem Verlauf des Streiks zu geben, sind die Mittheilungen W.'s, der alle möglichen und unmöglichen Behauptungen ausstellt, um sich von dem Vorwurf der einseitigen Interessenvertretung reinzuwaschen, am allerngeingnetsten.

Unsere Leser haben ein klares und ungetrübtes Bild über den Streik, soweit wir dieses zu geben vermochten. Die Lehren aus diesem Streik zu ziehen, dazu müssen wir die Mitarbeit Winkelmann's in dieser Form und unter Verfolgung der gedachten Zwecke dankend ablehnen.

Wenn W. ferner uns den Vorwurf macht, daß wir nur Bruchstücke seiner Veröffentlichungen einer Kritik unterzogen haben, „für die der Name Anstand und Wahrheitsliebe der reine Hohn ist“, so wird W. zugeben müssen, daß wir alle seine wesentlichen und Hauptpunkte, die er zu seiner Verteidigung angeführt hat, übernommen haben; wenn diese der Kritik und der Wahrheit nicht Stand halten, dann ist es wiederum nicht unsere Schuld.

Alle seine „fachlichen“ Erklärungen, in denen von Sachlichkeit wenig zu finden ist, haben es nicht vermocht, W. von dem Vorwurf der einseitigen Interessenvertretung reinzuwaschen, dieser ist und bleibt bestehen und betrachten wir die Polemik über diesen Gegenstand für endgiltig erledigt.

Korrespondenzen.

Hannover. In der Kaiser-Brauerei Schönebeck 6. Magdeburg existirt auch noch so ein an alte Zeiten erinnerndes Regiment, das noch keines Menschen bessere Hand in bessere Bahnen zu bringen versuchte. Die Arbeitszeit sowie auch die Behandlung sind nach Willkür und Laune. Die dort arbeitenden Kollegen haben dabei auch noch Muth zu „besseren“ Thaten und gründeten jüngst einen „Verein“. Zu welchem Zweck, wissen die Götter, sicher nicht, um die Arbeits- und Lohn-Verhältnisse zu regeln und zu bessern versuchen, denn sonst hätten sie sich dem Zentralverband der Brauer angeschlossen. Der Vorstand des „Vereins“ ist der Kellermeister. Einige Kollegen, welchen dieser „Verein“ nicht besonders vertrauenswürdig vorkam, traten nicht bei, und so muß wohl der Verdruß des Kellermeisters über die vereitelte Einigungs-Bestrebung die Ursache gewesen sein, weil man auf einmal von Seiten des Herrn Braumeisters Kluge diesen Abgeordneten nicht besonders wohl mochte. Solche Zueignung zwischen Braumeister und Vorberathungen soll ja im Braugewerbe nichts Seltenes sein, hauptsächlich dann, wenn es sich um solche „ideale“ Zwecke handelt, solche „Störenfriede“ auszumergen, welche noch den Muth der Ueberzeugung haben und solche „Spielelei auf Kommando“ nicht mitmachen. Gründe sind so billig wie Brombeeren, wenn sie auch manchmal oberflächlich sind. Hier mußte bei einem Kollegen angeblich schlechtes Korken herhalten; der Meister schrie ihn an, als wenn er ihn fressen wollte. Der Kollege wußte, was die Glode geschlagen hatte, daß lediglich das „Vereinigen“ die Ursache sei, — und so wanderte er weiter, das Jdyl hinter sich lassend, allwo die Menschen gleich unmündigen Kindern behandelt werden, mit denen man sich Alles erlauben darf.

Bamberg. Eigenartige Praktiken werden in letzter Zeit in Anwendung gebracht, um organisirte Kollegen aus der Arbeit zu bringen. Ein Kollege war in der Bären-Brauerei beschäftigt, wo er dann an eine Maschine kommandirt wurde. Da der Betreffende kein gelernter Maschinist und natürlicher Weise mit den Arbeiten nicht vertraut war, fand der Braumeister alsbald Gelegenheit, ihn zu entlassen. Dieser Willkürherrschafft könnte wohl vorgebeugt werden, wenn doch endlich die Kollegen von Bamberg sich mehr um die Organisation bekümmern würden. — Ebenso sind die Verhältnisse hier am Orte noch im Ganzen recht traurig, traurig genug, daß sie die gesammten Kollegen zum besseren Zusammenhalt bringen müßten. Rothwendig wäre es auch, daß dem arbeitenden

Frage 22; Brandenburg a. S., Steinstr. 6; Breslau, Neuschloßstr. 48; Chemnitz i. S., Johannisstr. 17; Dortmund, Westenhelweg 51; Dresden, König Johannstraße; Danzig, Große Wollweberstraße 14; Elberfeld, Wallstraße; Frankfurt a. M., Ecke Fahr- und Lompesgasse; Hannover, Gr. Bachhoffstraße 13; Hamburg, Steinstraße; Halle a. S., Steinstraße; Halberstadt, Breitenweg 33; Köln a. Rh., Breitestraße 103; Kiel, Holstenstraße 22; Königsberg; Leipzig, Reichstraße 13; Magdeburg, Otto-Markt 11; Mainz, Schusterstraße 13; Nürnberg, Plothenhofstraße; Reichenbach i. B.; Stettin, Heumarkt 1; Stuttgart, Zähringerstraße 16; Straßburg i. Elsaß, Alter Weinmarkt, Ecke Niederplatz; Stuttgart; Worms, Hauptstraße; Wiesbaden, Ecke Lange- und Goldgasse; Zwickau i. S., Wilhelmstraße 6.

Die Agitationskommission der Schuhmacher.

Wochenschau.

Der deutsche Braumeister- und Malzmeisterbund hielt am 25. Juni in Breslau seine fünfte ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden Herrn Direktor Reinhardt ist das Bundesvermögen seit 1. Januar 1897 von 61 338,29 Mk. auf 92 457,06 Mk., also um 31 116,77 Mk. gewachsen. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder stieg von 1400 auf 1471, die der stiftenden Mitglieder von 124 auf 187. Interessant ist bei dem Bericht des Vorsitzenden die Freude über die Zunahme der „stiftenden“ Mitglieder und ermahnte er die Anwesenden, eifrig besonders für Zuführung „stiftender“ Mitglieder zu sorgen. Wir meinen, diese Forderung vertritt sich nicht gut mit dem Prestige, mit welchem der Braumeister- und Malzmeisterbund, dem auch Direktoren und Brauereibesitzer angehören, sich allezeit umgiebt. Und zwar soll diese Praxis nicht nur befolgt werden in außergewöhnlichen Fällen, z. B. für die in Aussicht genommenen und zur Berathung gestandenen Unterstützungs-Einrichtungen, sondern diese besteht, wie aus dem Bericht hervorgeht, in Permanenz. Bei der Berathung über die Anträge „Errichtung eines Heims für alte und invalide Braumeister“, „Errichtung eines Pensionsfonds für alte und hilfsbedürftige Braumeister“ und „Gründung einer Altersversorgungskasse“ empfahl Herr Braumeister Wahnmann, Köln, weil das Vermögen des Braumeister- und Malzmeisterbundes auch nicht einmal zur Verwirklichung eines der Projekte reichte, große Brauereien, Mälzereien und Maschinenfabriken anzugehen, zu diesem speziellen Zwecke Gelder herzugeben. Er glaubte ganz gewiß, „wenn das recht angefaßt wird — wir haben ja eine ganze Menge von Brauereibesitzern und Fabrikanten —, daß wir wohl dazu kommen, einen Fonds mindestens zu gründen.“ Das klingt nicht mehr wie „Fechten“, das sieht schon ganz nach Erpressung aus.

Herr Fesche, Brauereidirektor der Brauerei Stern, Oberrad, regte ebenfalls an, die größeren Besitzer möchten angegangen werden, einen Fonds zu stiften. Der Vorsitzende Herr Reinhardt entgegnete ihm, daß sein Wunsch sehr acceptabel wäre, aber die Hauptsache sei die Ausführung. „Wir haben jetzt wieder ein Schreiben an alle großen Malz- und Maschinenfabriken und alle großen Besitzer vorbereitet, in welchem wir um Beiträge bitten, vor der Hand für den Bund im Allgemeinen. Später sollen Fonds gegründet werden, wenn wir ein größeres Vermögen besitzen.“ Nichts als Fechten, Fechten, Fechten! Nicht nur die Bundesgesellschafter schwingen mit Eifer den Klingelbeutel und fechten, daß der Stock schwitzt; auch die Braumeister und Direktoren finden darin ein probates, ja das alleinige Mittel, um bei den Verpflichtungen, die sie übernehmen wollen, möglichst billig davon zu kommen. Die armen Brauereibesitzer, Malz- und Maschinenfabrikanten könnten uns bald leid thun, wenn ihnen ewig der Klingelbeutel vor der Nase hängt. Aus eigener Kraft, durch die Solidarität der Klassengenossen und Kollegen auch durchzuführen, was man beginnen will, ist eines deutschen Mannes und überhaupt eines Mannes würdig und nicht dieses ewige Betteln. Wir „Wilden“ sind darin doch bessere Menschen, wir unterstützen unsere Kollegen aus unseren eigenen, recht geringen und recht sauer erarbeiteten Mitteln und erkämpfen ihnen damit auch noch ein besseres Dasein; freilich können wir das auch, weil wir uns nicht aufs Fechten verlegen und frei und offen unser Recht fordern. Unter den Herren Braumeistern und Direktoren innerhalb und außerhalb des Braumeister- und Malzmeisterbundes sind eine ganze Menge, deren Gehälter nach dem landläufigen Ausdrück Ministergehältern gleichkommen und diese übersteigen. Gätte man es da nötig, zu betteln zu Gunsten der schlechter Gestellten, welche höhere Beiträge nicht erschwingen können, und zu Gunsten der Alten und Invaliden? Das Solidaritätsgefühl muß doch sehr schlecht entwickelt sein in dieser Klassensphäre, deshalb haßt man dasselbe, sowie auch jede selbstständige Gesinnung, auch in unseren Reihen. Viele dieser Herren, die das Fechten neben ihren hohen Gehältern als etwas ganz Selbstverständliches halten, sind die größten Gegner nicht nur unserer Organisation — die für ihre Mitglieder und Arbeitsgenossen nur einen gerechten Lohn und geregelte Arbeitszeit fordert — und bekämpfen diese mit allen möglichen Mitteln, sondern sind auch ebensolche Gegner irgend welcher Lohn erhöhungen z., wahrscheinlich in der Annahme, daß ihr Klingelbeutel dadurch zu kurz käme, und das ist der Grund, weshalb wir diese Seite der Generalversammlung in dieser Weise eröffnen.

Der Vorsitzende klagte ferner über die Summigkeit der Mitglieder im Beitragszahlen. Von 1470 Beiträgen mußten ca. 800 per Postauftrag eingezogen werden, von denen bei ca. 100 noch die Annahme verweigert wurde. Der Beitrag beträgt jährlich 15 Mk.

Das Gesuch der Gebr. Horn, die „Braumeister-Zeitung“ offizielles Organ des deutschen Braumeister-

und Malzmeisterbundes“ nennen zu dürfen, war aus „Versehen“ auf die Tagesordnung gekommen.

Die „Einführung einer allgemeinen und ausschließlichen Stellenvermittlung für Braumeister durch die Geschäftsstelle des Bundes“ wurde allseitig als unausführbar gehalten.

Der Vorsitzende gab ferner bekannt, daß in der Vorstandssitzung vom 26. Juni 1898 beschlossen worden sei, wegen der zu hohen Druck- und Portokosten die Lehrlings-Anmeldegebühren von 3 auf 5 Mk. und die Preis-Gebühren von 3 auf 10 Mk. zu erhöhen. Also wegen der hohen Druck- und Portokosten wird den armen Kerlchen das „Bernen“ noch vertheuert. Als ob sie nicht so schon genug ausgebeutet würden.

Nach mit dem „Innungswesen“ beschäftigte man sich und sollen aus dem Kreise der Mitglieder „greifbare Vorschläge“ an die Geschäftsstelle gesandt werden, wie ein eventuelles Innungswesen des Bundes zu gestalten sei, insbesondere auch über das Lehrlingswesen.

Das wird auslaufen wie das Hornberger Schießen. Wo wilde Kräfte planlos walteten, da kann kein gut Gebildete gestalten! In dieses Durcheinander der Widersprüche und Strömungen in dem inneren und äußeren Leben der Biererzeugungsbetriebe läßt sich wirklich kein bestimmter Grundsatz einfügen, weil gar kein solcher vorhanden ist und auch ebensowenig gewünscht als anerkannt wird. Die Brauereien sind wahrhaftig und bleiben und werden immer mehr Fabrik-rep. Industriebetriebe.

In den kleinen Brauereien züchtet man massenhaft gelernte Leute, vielfach mit Hilfsarbeitern als „Lehrer“, und in den großen wirft man die gelernten Leute hinaus und ersetzt sie durch billigere, ungelernete Arbeitskräfte. Und vielfach sind es die Braumeister selbst, die dieses thun, wie im anderen Falle sie es weder verhindern wollen noch können, dieweil sie in solchen Anlässen „nig to seggen“ haben. Innung in der Bierindustrie — zum Zwecke der Regelung des Lehrlingswesens — die in steter Revolution begriffen ist und die „alterthümlichen“ Fesseln längst abgestreift hat? Man will das Pferd beim Schwanz aufzäumen, oder man will sich selber — auslachen! Was sonst noch unter die Aufgaben einer Innung fällt: Herbergs-, Arbeitsvermittlungs-, Schiedsgerichtswesen und dergl., hier einzugreifen, dazu sind die Herren zu spät aufgestanden, selbst wenn die gewerblichen Vorbedingungen hierzu vorhanden wären. Die Herren werden sich umsonst bemühen.

Ueber das Terrorisieren der Verbandsmitglieder, die systematische Brotlosmachung derselben, wo sie sich nicht wehren können, zu Gunsten des „Bundes“ scheint man keine Beschlüsse gefaßt zu haben, das wird wohl zur „althergebrachten Sitte“ gehören, oder hat man es im Stillen erneuert? Denn — Staroste war doch da!

Aus den Tafelreden zum Schluß der Generalversammlung sei noch das Nähere des „guten Arbeitsverhältnisses“ in Schlefien seitens des Herren Brauereibesitzers Köhler erwähnt: „Wir haben, Gott sei Dank, bessere Zustände, als sie vielleicht draußen außerhalb der Provinz sind“. Die Beziehungen zu unseren Arbeitnehmern sind so gute: vor Pfingsten entließ derselbe Herr einen Kollegen für ein Vorkommniß, an welchem derselbe keine Schuld hatte. Er mußte seine Familie in Breslau lassen und sich in der Provinz Arbeit suchen. So äußern sich die „guten Beziehungen“.

Dem Braumeister- und Malzmeisterbund wünschen wir, daß er seiner sich gesteckten Aufgabe in wirtschaftlicher Beziehung in Bezug auf seine Mitglieder gerecht zu werden vermag, ob mit oder ohne Fechten. Wir wünschen aber auch, daß die Mitglieder desselben den Verband und seine Mitglieder in Ruhe lassen und nicht mit allen möglichen und schädigen Mitteln bekämpfen, denn die Existenz-Nothwendigkeit und Berechtigung des Zentralverbandes der Brauer und Brauereigenossen ist mindestens gleich groß, die Ziele, die er verfolgt, mindestens gleichwertig und gleich erstrebenswerth wie die des deutschen Braumeister- und Malzmeisterbundes.

Unter den von der Brauerei Fischelsdorf bei Berlin gemafregelten 25 Mann sind 15 Verheirathete mit 39 Kindern.

Die Ansperrung der dänischen Arbeiter dauert fort.

Der Streik der Möbelerbeiter in Stuttgart ist am 30. Juli nach 12wöchentlicher Dauer für beendet erklärt worden. Die Arbeiter haben glänzend gefiegt. Die Fabrikanten haben sich nach langem Widerstreben endlich bequemt, die Forderungen der Arbeiter bedingungslos zu bewilligen.

Die beiden Bergarbeiterverbände, der sogenannten „Christliche“ und der „nichtchristliche“, welche zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen sich geeinigt haben, haben bei der ersten Gelegenheit zum gemeinsamen Wirken, bei der Wahl der Aeltesten zur Knappschafftsklasse über die Unternehmerlieblinge glänzend gesiegt. Das „Christliche“ und „nichtchristliche“ ist in die Kammer gewandert. Materieell wollen die Bergarbeiter ein und dasselbe. Die Erkenntniß ist endlich zum Durchbruch gekommen und hat logischerweise zu diesen Konsequenzen geführt.

Der ehemalige Kassirer des Hafenarbeiterverbandes Heinar. Stehn in Hamburg wurde wegen Unterschlagung zu 2 1/2 Jahren Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Als man dahinter kam, daß die Kasse nicht in Ordnung sei, brannte Stehn mit dem Kassenreste von 2177 Mk. nach Holland durch, wofür er sich eine Wirtshaus zu kaufen gedachte.

Durch ein Schreiben an eine zurückgelassene Geliebte (St. lebte von seiner Frau getrennt), die er nachkommen lassen wollte, kam man auf seine Spur und machte ihn dingfest. In sechs Tagen hatte er 600 Mk. verbraucht, der beschlagnahmte Rest der mitgenommenen Summe ist nun dem Hafenarbeiterverbande wieder zugeführt worden.

Wegen Verübung von „Grobem Unfug“ soll der Redakteur der „Frankf. Volkstribüne“ 25 Mk. bezahlen oder 5 Tage brummen. Der „Grobe Unfug“ soll durch Berichterstattung über den Schweinsfurter Bierkrieg und das unschöne Gebahren des Herrn Belschner, wobei die Arbeiterschaft an ihre Pflicht gemahnt wurde, begangen sein. — Wegen „Erpressung“ in der Belschner'schen Angelegenheit hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen Stäcker, Fessler und Vogt erhoben.

„Arbeitswilliges“. Die nach der Begründung der Zuchtbausvorlage als besonders nützliche Glieder der Gesellschaft bezeichneten „Arbeitswilligen“, deren Interessen „mit den Interessen des Staates zusammenfallen“ und mehr als die Personen der höchsten Staatsbeamten und der Landesfürsten geschützt werden sollen, sind doch mehr oder minder recht zweifelhafte Existenzen. Eines dieser „ruhigen, sich in die Staats- und Rechtsordnung schickenden, für den Staat besonders nützlichen Elemente“, welches bei dem Streit in Hagen „Arbeitswilligen“ dienste verrichtete und noch andere „Arbeitswillige“ per Gismagen nach der Brauereischaffe, ist schon wieder einmal wegen „allzugroßer Ehrlichkeit“ an die frische Luft gesetzt worden. Ein Zweiter verbüßt gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten wegen Unterschlagung. Außerdem hat er sich noch wegen Körperverletzung zu verantworten. Ein Dritter hat 70 Mk. Kommunegelder unterschlagen; derselbe liegt schon ein halbes Jahr im Krankenhaus, wohin er durch eine Prügelei, zu welcher er Veranlassung gab, gekommen ist.

Ueber die arbeitswilligen Revolver- und Messerhelden in Frankfurt berichtet die Frankfurter „Volksstimme“ des Weiteren: „Das Opfer der neulichen nächtlichen Schießerei in Sachsenhausen, der Küfer Klüpper, ein junger Mann von 20 Jahren, ist vor wenigen Tagen aus der Klinik entlassen worden. Das linke Auge wurde als gänzlich durchlöchert herausgeschossen, das rechte Auge ist ebenfalls halb erblindet. Der rohe Thäter ist der 19-jährige Brauer Georg Friedrich, aus Oberfranken gebürtig, welcher im Mai als Arbeitswilliger nach Frankfurt kam. Auf Rath ihrer Herren (? Red.) sollen alle Arbeitswilligen Revolver tragen, auch sei dies der Polizei bekannt. Jedenfalls hat dem Würschchen die Hand gejudt, daß er vergeblich die ganze Woche die Waffe herumschleppte und ohne allen Grund hat man im Wortwechsel einen gänzlich Unbetheiligten zum Krüppel geschossen. Wie wir hören, ist der Patron auf freiem Fuß, da die Brauerei eine Kaution gestellt habe! Solche Leute beschäftigt man weiter, die Gemapregelten läßt man warten, da keine Stellen frei sind. Welche Sorte Leute am Berge beschäftigt sein mag, erhellt ein Vorgang, der nicht verschwiegen werden soll: Als der arme Bahr aus dem Spital kam und am Stock gestützt den Berg hinauf wankte, sollen von der Arbeit heimkehrende Arbeitswillige, aus der Jungs-Brauerei kommend, gerufen haben: Gätte er Dir nur auch noch das andere Auge ausgeschossen, Du dummes Luder!“

Ein organisirter Arbeiter wird wegen der geringsten Kleinigkeit entlassen, für einen „arbeitswilligen“ Messer- und Revolverhelden stellt man obendrein noch Kaution, damit so ein „nützlicher“ Bursche, das „Ideal“ der Unternehmer, nicht etwa unter polizeiliche Obhut genommen wird; von Entlassen ist schon gar keine Rede. Diese „in die Staats- und Rechtsordnung sich schickenden, ruhigen Elemente“ sind zweifellos ihrer Herren und Meister würdig. Eine nette Sorte Menschen! Pfui Teufel! Dafür sind sie aber auch „Ordnungs“-partei. —

Der „paritätische“ Arbeitsnachweis in seiner praktischen Anwendung. Wir haben schon verschiedentlich an der Hand der Bestimmungen des Arbeitsnachweises der Brauereien in Berlin darauf hingewiesen, daß die Arbeitssuchenden, wenn es irgend einem Herrn beliebt, nach allen Regeln der Kunst chikanirt und auch ganz von der Arbeit ausgeschlossen werden können, dieser „paritätische“ Arbeitsnachweis sich also um nichts von einem einseitigen Unternehmernachweis unterscheidet. Die „freie Auswahl“ und die Bestimmung, daß die Brauereien sich Leute schicken lassen können, so viel als ihnen beliebt, sowie die fernere Bestimmung, daß, wenn keine „geeigneten“ Bewerber sich melden, die Brauereien anderweitig Leute einstellen können, gestatten den Herren, die es darauf absehen, die unerhörtesten Schiebungen und Schädigungen bestimmter Arbeitssuchender.

Es werden uns jetzt wieder zwei Fälle gemeldet, die wir ganz gut als allgemeine Regel bezeichnen können — mit möglichen Ausnahmen —, welche darthun, daß wir in der feinerzeitigen Besprechung keineswegs zu schwarz gemalt haben, ferner, wie man sich auf diese „Schiebung“ versteht und sie scrupellos anwendet. Der eine Fall bezieht sich auf Herrn Brauereibesitzer Werm. Derselbe soll seine Brauer stets oder fast ausschließlich ohne Arbeitsnachweis einstellen. Eines Sonntags-Nachmittags, kurz vor Schluß, bestellte er, wahrscheinlich um auch einmal die Mode mitzumachen, einen Brauer zur festen Einstellung. Am Montag früh wurden ihm nicht weniger als sechs Brauer zugeschickt. Einige waren ihm zu alt, zu den anderen sagte er, die Stelle sei schon besetzt; denn inzwischen waren die 24 Stunden verfloßen, innerhalb

